

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint wöchentlich nach 4 Uhr Besondere monatlich 2 RM frei Haus, bei Postbestellung 1,20 RM zuzüglich Postgebühren. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postgebühren, Postboten, unfern Auslieferung u. Vertriebsstellen nehmen zu ihrer Zeit. In Halle höherer Klassen oder Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Bei Anzeigen übernehme die Redaktion des Besonderen. Nachlieferung eingelangter Artikel erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.



Anzeigenpreise laut auflagebetriebspreis Nr. 1. — Bisher: 20 Pf. — (Vergleichsweise dem Größten) und die Möglichkeit, die Anzeigen zu vergrößern. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206. Bei Anzeigen übernehme die Redaktion des Besonderen. Nachlieferung eingelangter Artikel erfolgt nur, wenn Rückporto beiliegt.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen und des Stadtrats zu Wilsdruff behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Wilsdruff, des Finanzamts Rössen, sowie des Forstrentamts Tharandt.

Nr. 133 — 95. Jahrgang      Drahtanschrift: „Tageblatt“      Wilsdruff-Dresden      Postfach: Dresden 2640      Mittwoch, den 10. Juni 1936

### Außenpolitische Umschau.

Deutschland liegt wie eine Insel des Friedens inmitten einer Welt der Unruhe und Verwirrung. Während das nationalsozialistische Deutschland seinen Krieg eigener Art, den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, siegreich führt, ist in anderen Staaten der Kampf aller gegen alle in vollem Gange.

Frankreich weckt mit dem Geschehen dieser Tage unsere Erinnerung an die dunkelsten Zeiten unserer noch jungen Vergangenheit. Streiks, Lohnverhandlungen, Drohungen und Kapitulation unter dem Druck des Terror. Das sind die Zeichen, unter denen Léon Blum die Regierung der Volksfront einführte. Die Sozialisten haben eine schwere Verantwortung auf sich genommen. Und noch während der Regierungsjahre von Freiheit und Brot spricht, muß er erkennen, daß er sich der Kontrolle durch die Kommunisten unterworfen hat. Das sozialistische Experiment ist nach zwei Richtungen hin eine besondere Bedeutung: Einmal ist es der vielleicht letzte Versuch des liberalistischen Parlamentarismus, sich am Leben zu erhalten, zum anderen bietet sich dem internationalen Sozialismus noch einmal Gelegenheit, durch ein neues Versuchsbild von sich reden zu machen, nachdem die Experimente in England, Österreich und Deutschland kläglich gescheitert sind. Um das Experiment an Frankreich zu erproben, hat sich Léon Blum die denkbar ungünstigste Zeit ausgesucht. Im Lande herrscht eine gewalttätige Stimmung. Die Streiks sind eigentlich ein deutliches Mißtrauen gegen die neue Regierung. Dazu haben die Gewerkschaften, die der Regierung die stärkste Stütze bieten sollten, scheinbar ihre Macht über die Massen verloren oder zum mindesten an Autorität stark eingebüßt. Im übrigen hat sich Léon Blum überzeugen müssen, daß sein großartig angekündigtes Kampfprogramm sich nicht so ohne weiteres als Regierungsprogramm übernehmen läßt. Der Ministerpräsident befindet sich bereits in den Schlingen des Kommunismus, die dafür Sorge tragen werden, daß die Währungs- und Finanzexperimente, die Léon Blum unternommen zu können hoffte, nicht in der Verfallung verschwinden. Sie tauchen jetzt als kommunistische Forderungen auf. Frankreichs Wirtschaftspolitik steht vor einer schweren Belastungskrise, aus der Léon Blum den Ausweg zu suchen wird.

Mit weit größerer Spannung als das Ergebnis der Kammerwahlen in Belgien erwartete das abgetrennte deutsche Gebiet die Ergebnisse der Provinzialratswahlen. Daher war auch die Wahlparole für die beiden Wahlkämpfe verschieden. Ihren Protest gegen die Entdeutschungspolitik und das Ausbürgerungsgefetz brachten die Deutschen bei den Kammerwahlen durch Abgabe ungültiger Zettel zum Ausdruck. Für die Provinzialratswahlen lautet aber die Parole: Deine Stimme nur deinem eigenständigen Vertreter. Diese Wahlparole war ein voller Erfolg für die Expen-Nalmedyer. Die Stimmenzahl für die heimat-treue Liste bei den Provinzialratswahlen bedeu-tete für die Zahl der ungültigen Stimmen bei der Kammerwahl am 24. Mai — und das trotz geringerer Wahlbeteiligung. So werden nun drei statt bisher zwei heimat-treue Vertreter in den Provinzialrat in Lüttich ein-gehen.

In China bereiten sich große Dinge vor. Der Poli-tische Rat von Südweschina, der mit dem Sitz in Kanton eine Koalition der südweschinesischen Generale und Mach-thaber darstellt, hat angeordnet, daß die Kwangtung- und die Kwangsi-Armee, die unter dem Oberbefehl der Gene-rale Tschangtschang und Litschangtschen stehen, nach Norden in Marsch gesetzt werden sollen, um „für die Rettung Chinas zu kämpfen“. Es handelt sich dabei wohl nur um eine Anordnung an die Befehlshaber, ihre Truppen in Mobilmachungsbereitschaft zu setzen. Ein Mobilmachungsbefehl gegen Japan könnte nur von der Zentralregierung in Nanjing ausgehen. Das ganze Manöver stellt sich dem-nach als ein Versuch heraus, die Nanjing-Regierung zur Aufgabe ihrer passiven Politik zu zwingen. Das Ziel der Kanton-Regierung ist offenbar ein Zusammengehen mit dem chinesischen Generalfeldmarschall Tschiangkai-schek im Kampf zur Vertreibung Nordchinas. Die Entscheidung über die weitere Entwicklung der Lage liegt jetzt bei Nanjing. Es gilt als unabweisbar, daß sich die Nanjing-Regie-rung durch den Druck der Kanton-Führer verleiten lassen wird, ihre bisherige zurückhaltende Politik gegenüber den Japanern aufzugeben. Der Führer der Kwangtung-Armee, General Tschengtschian, hält zur Zeit eine Konferenz mit den in Kanton eingetroffenen Vertretern der Provinzen Szechuan, Fukien, Kweichow und Yunnan ab, deren Haltung in dem Konflikt zwischen Kanton und Nanjing noch schwankend ist, obwohl sich unter den dortigen mili-tärischen Führern ebenfalls eine gegen das Haupt der Zentralregierung in Nanjing, Marschall Tschiangkai-schek, gerichtete Stimmung geltend macht.

## Ueber die Gräber der Gefallenen zum Frieden.

Die Tagung des Verbandes für Kriegergräberfürsorge in London.

In London fand die erste Sitzung des deutsch-englisch-französischen Ausschusses über gemeinsame Kriegergräber-fürsorge statt. Lord Trenchard eröffnete in seiner Eigenschaft als Ehrenmitglied des Ausschusses die Tagung und begrüßte den General von Seect, den französischen General Guillaumat und andere hervor-ragende deutsche und französische Ausschussmitglieder. Er gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß die Bildung dieses Ausschusses ein Wendepunkt in den gegenseitigen Beziehungen sein möge, und daß die gemeinsame Erinnerung an den Heldennut der Kriegs-opfer den Weg zum Frieden weisen müßte. Nach-dem General von Seect und der französische General die Begrüßungsansprache erwidert hatten, nahm der Aus-schuss eine vom Präsidenten Sir Fabian Ware formu-lierte und von General Guillaumat unterstützte Erklärung an, in der der schwere Verlust zum Ausdruck kommt, den der Ausschuss durch den Tod des deutschen Vorkämpfers in London, Herrn von Hoesch, der eines der ersten Ehrenmitglieder des Ausschusses war, erlitten habe. Nach Ernennung Sir Fabian Wares zum Vorsitzen- den der Tagung wurde der Besuch der deutschen Krieger-gräber in England und Schottland besprochen. Ferner wurde beschlossen, Vorbereitungen für die baldige Errich-tung von Gräbern für deutsche Krieger-gräber auf britischen Kriegerfriedhöfen in Frankreich zu treffen. Einen weiteren Gegen-stand der Beratungen bildete der Wortlaut einer In-schrift, die am Eingange der britischen Friedhöfe in Deutschland angebracht werden soll. Diese Inschrift soll dem Dank an das deutsche Volk Ausdruck ver-leihen, daß diese Friedhöfe nach englischem Brauch angelegt und von englischen Staatsangehörigen betreut werden dürfen. Am Schluß des englischen Ehrenmahls wurde ein mächtiger Vorbezug mit weißen Lilien und einer Hakenkreuzschleife Seite an Seite mit einem von der fran-zösischen Tricolore umwundenen Kranz im Auftrage des Generals von Seect bzw. des Generals Guillaumat niedergelegt.



Seect in London. Der Generaloberst, der an der Tagung des deutsch-englisch-französischen Ausschusses für gemeinsame Kriegergräber-fürsorge in London teilnimmt, auf dem Wege zur Kranz-niederlegung am britischen Ehrenmal. (Scherl.)

## Das internationale Problem der Arbeitslosigkeit.

Bei dem 3. J. in Berlin stattfindenden VI. Inter-nationalen Gemeindefongress, zu dem Ver-treter und Fachleute aus allen daran beteiligten Ländern erschienen sind, steht naturgemäß die Behandlung der Arbeitslosigkeit als eine der vordringlichsten Fragen zur Erörterung. Oberbürgermeister Dr. Strölin-Stuttgart hielt vor dem Kongress als Generalberichterstatter über das Thema „Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch die Gemein-den“ einen Vortrag, in dem er die bisher in den einzel-nen Gemeinden der Länder ergriffenen Maßnahmen und andererseits die sich noch daraus ergebenden Möglich-keiten schilderte. Wichtig erscheint besonders die Tatsache, daß gerade durch die verschiedenen Arbeitsbeschaffungs-maßnahmen die öffentliche Hand — Staat und Kommunen — eine erheblich erweiterte Stellung gegenüber der Privatwirtschaft erhalten hat. Über die Aufgaben der Gemeinden innerhalb der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit führte Dr. Strölin im einzelnen aus: Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ist heute in vielen und gerade in den wirtschaftlich wichtigsten Ländern zum Zentralproblem des öffentlichen Lebens ge-worden. Die Zahl der Arbeitslosen in der ganzen Welt betrug Ende 1929 neun Millionen; sie ist bis Ende 1932 auf die ungeheuerliche Zahl von 20 Millionen angestiegen. Im Herbst 1935 gab es in der ganzen Welt immer noch rund 20 Millionen Arbeitslose. Die Gemeinden sind als der vollstän-digste Teil der gesam-ten öffentlichen Verwaltung gezwungen und ihrem Wesen nach berufen, Abhilfe zu schaffen. Sie bekämpfen die Arbeitslosigkeit vor allem durch Maßnahmen der Arbeits-losenhilfe und der Arbeitsbeschaffung. Unter den Einwirkungen der Weltwirtschaftskrise wurden in den meisten Ländern die früheren Systeme der Arbeitslosenhilfe umgestaltet und durch andere Systeme ergänzt mit dem Ziel, die Arbeits-losen nach Möglichkeit nicht der allgemeinen öffentlichen Fürsorge zu überweisen, ihnen viel-mehr entsprechend der besonderen Ursache ihrer Hilfs-bedürftigkeit auch eine besondere Hilfe angedeihen zu lassen. Gleichzeitig hat sich infolge der Überlastung der Gemeinden in fast allen Ländern das Schwergewicht der Finanzierung und zugleich der organisatorischen Gestaltung der Arbeitslosen-

hilfe von den Gemeinden auf die Zentralgewalt des einzelnen Staates verlagert. Für die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen gilt grund-sätzlich die Forderung, daß nur wirtschaftlich ge-rechtfertigte, wirklich Werte schaffende Maß-nahmen als Kostensarbeiten durchgeführt werden dürfen. Auch auf dem finanzwirtschaftlichen, be-sonders dem kreditwirtschaftlichen Gebiet zeigen sich deutliche Grenzen für die Möglichkeiten der Bekämp-fung der Arbeitslosigkeit durch unmittelbare Arbeits-beschaffungsmassnahmen. Verschiedene Länder, darunter vor allem Deutschland, kamen daher zu der Auf-fassung, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffungsmassnahmen nur dann einen Erfolg verspreche, wenn durch schlagartigen Einsatz ganz un-schaffender Mittel unter zielbewusster Lenkung des Staates eine Belebung der Privatwirtschaft erreicht werden könne, die alsdann ohne wesentliche Aufwendung weiterer öffentlicher Mittel anhalte. Die Spitzen vom VI. Internationalen Gemeindefongress vom Führer empfangen. Der Führer und Reichsfinanzminister empfing im Beisein von Reichsminister Dr. Fric das Präsidium und die Delegationsführer des VI. Internationalen Gemeindefongresses sowie die Vorsitzenden und Präsidenten des Deutschen Gemeindefongresses. Reichsminister Dr. Fric und Reichsleiter Fiechter stellten dem Führer die aus-ländischen Gäste vor. Der Präsident des Internationalen Gemeindefon-des, S. Montagu Harris, sprach namens der aus-ländischen Kongrestteilnehmer dem Führer den Dank da-für aus, daß sie Gelegenheit hatten, die Arbeit der deut-schen Gemeinden und insbesondere die außerordentlich anschauliche Ausstellung „Die deutsche Gemeinde“ kennen-zulernen. Der Führer gab in seiner Erwiderung unter Anerkennung der Arbeit des Internationalen Gemeindefon-des der Hoffnung Ausdruck, daß die ausländischen Kongrestteilnehmer im Verlauf des Kongresses in Berlin und München einen möglichst tiefen Einblick in die Arbeit der deutschen Gemeinden erhalten mögen. Er richtete die Bitte an sie, diese Eindrücke und Erfahrungen in ihren Ländern weiterzuvermitteln.